ECPAT POSITIONSPAPIER

AUGUST 2021

WELCHE AUSWIRKUNGEN HAT DIE COVID-19-PANDEMIE AUF DIE SEXUELLE AUSBEUTUNG VON KINDERN?





FRAGESTELLUNG

Seit eineinhalb Jahren leben wir weltweit mit einer Pandemie und deren vielfältigen Auswirkungen. ECPAT nimmt seit Beginn der Pandemie mit großer Sorge die Einschätzungen verschiedener Fachkräfte wahr, die die enormen psychischen Belastungen von Kindern und Jugendlichen [1] deutlich benennen und die Zunahme von Gefährdung und Verletzlichkeit beschreiben.

ECPAT International hat schon im April 2020 in einer Zusammenstellung erste Anhaltspunkte formuliert, wie sich die COVID-19-Pandemie auf die sexuelle Ausbeutung von Kindern auswirken könnte.

"Während das gesellschaftliche Leben fast vollkommen zum Stillstand kommt, finden kriminelle Möglichkeiten, die Situation auszunutzen, darunter auch solche, die versuchen, Kinder sexuell auszubeuten."

(ECPAT International [2])

Mittlerweile liegen weitere Berichte von UN Institutionen, Kinderrechtsorganisationen, Meldestellen und teilweise auch schon Zahlen von Strafverfolgungsbehörden vor, die leider die Vermutungen und Befürchtungen, wie sich die COVID-19-Pandemie auf die sexuelle Ausbeutung von Kindern auswirken könnte, größtenteils bestärken.

Im vorliegenden Positionspapier nimmt ECPAT Entwicklungen weltweit und in Deutschland in den Blick und benennt Auswirkungen auf Kinderschutz in Institutionen, auf die sexuelle Ausbeutung mittels digitaler Medien, auf Kinderschutz auf Reisen und im Tourismus und auf Menschenhandel zum Nachteil Minderjähriger.



WELTWEIT

Pandemien hatte ECPAT bis dato nicht benannt in der Aufzählung relevanter Risikofaktoren für Kinder von sexueller Ausbeutung betroffen zu sein. Es könnte als Risiko hinzugenommen werden.

Die COVID-19-Pandemie zeigt wie durch ein Brennglas umfassend bestehende globale Ungleichheiten und Schwächen in den unterschiedlichen (u.a. staatlichen) Systemen. Die Pandemie hat die massivsten Auswirkungen in den ärmsten Ländern, in denen Kinder sowieso schon durch wenig staatliche Schutzstrukturen und Armut besonders vulnerabel sind.

Nach UNICEF Schätzung werden 150 Millionen Kinder zusätzlich durch die COVID-19-Pandemie in Armut leben. Das entspräche einer Zunahme von 11%. Auch die Kinderarbeit ist laut UNICEF gestiegen auf Grund von COVID-19 und es wird vermutet, dies könne noch schlimmer werden [3]. Brot für die Welt benennt Mädchen als deutliche Verliererinnen der Pandemie: Jungen werden vielerorts bevorzugt, wenn Bildungsmöglichkeiten begrenzt sind [4]. Laut Schätzungen von UNICEF sind daher rund 10 Millionen mehr Mädchen in der nächsten Dekade von Zwangsheirat bedroht [5].

Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa OSCE benennt deutlich, dass die Vulnerabilität von Kindern in Bezug auf Menschenhandel und Ausbeutung enorm gestiegen ist durch Schulschließungen, zunehmende häusliche Gewalt, verzweifelte ökonomische Lagen von Familien sowie der Zunahme der Zeit, die Kinder online sind [6].

Zunehmende globale Ungleichheiten, wachsende Armut, geschlechtsspezifische Risiken, zunehmende Kinderarbeit und Onlinerisiken - Die Vulnerabilität von Kindern und Jugendlichen ist aufgrund der COVID-19-Pandemie massiv gestiegen.



NATIONAL

Die Zahl, der in Deutschland gemeldeten Kindeswohlgefährdungen ist im ersten Jahr der Pandemie (2020) um 5000 Fälle gestiegen. Mit 60.600 registrierten Fällen entspricht dies einem Zuwachs von 9% gegenüber 2019 - ein Höchststand an Kindeswohlgefährdungen. Während der Zuwachs der gemeldeten Kindeswohlgefährdungen der letzten Jahre auf die positive Wirkung der Sensibilisierung der Bevölkerung zum Thema Kindeswohlgefährdung zurückzuführen ist, ist anzunehmen, dass das Dunkelfeld während der COVID-19-Pandemie durch die Kontaktbeschränkungen gewachsen ist. Neben dem Rückgang von Verdachtsmeldungen aus Schule und Kitas, verzeichnet das Statistische Bundesamt naheliegender Weise eine Zunahme von 21% bei Meldungen von Verwandten, Bekannten, Nachbar*innen und anonymen Melder*innen [7]. Mit Sorge ist der Rückgang der Inobhutnahmen um 8% zum Vorjahr trotz der Zunahme der gemeldeten Kindeswohlgefährdungen zu sehen. Dies legt die Befürchtung nahe, dass aufgrund der COVID-19-Pandemie Inobhutnahmen nicht erfolgt sind bspw. wegen begrenzter Kapazitäten [8].

"Wir müssen die enormen Belastungen, welchen Kinder und Jugendliche durch die Pandemie ausgesetzt sind, ernst nehmen und ihre umfassenden Kinderrechte als Maßstab unseres Handelns anerkennen um ihren körperlichen, aber auch emotionalen Schutz in der Gesellschaft zu garantieren. Die Hilfeangebote müssen massiv ausgebaut werden zum Auffangen dieser Kinder und Jugendlichen und um weitere Risiken abzufedern."

(Andrea Wagner, Geschäftsführerin ECPAT Deutschland e.V.)

Während laut Statistischem Bundesamt bei den gemeldeten Kindeswohlgefährdungen die Fälle mit Anzeichen für sexuelle Gewalt mit nur 5% eine relativ geringe Rolle spielen, zeigt die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) ein anderes Bild. Der zahlenmäßig erfasste sexuelle Missbrauch von Kindern nahm im Jahr 2020 um knapp 7% zu und ist auf über 14.500 Fälle gestiegen. Und die erfassten Fälle von Verbreitung, Erwerb, Besitz und Herstellung von sexuellen Missbrauchsabbildungen sind um 53% gestiegen. Hier spielen laut Polizeilicher Kriminalstatistik auch die intensiveren Ermittlungen im Nachgang der Fälle Lügde, Bergisch Gladbach und Münster eine Rolle [9]. Ganz deutlich zeigt sich auch die Zunahme bei den weltweiten Meldungen über Missbrauchsabbildungen, die beim National Center of Missing and Exploited Children (NCMEC) in den USA gebündelt werden. Hier ist fast eine Verdoppelung von Meldungen im Vergleich zum Vorjahr erfolgt [10].

Statistisches Bundesamt (2021b): <u>Kinderschutz: Jugendämter nahmen 2020 rund 45 400 Kinder in Obhu</u>

Unabhängiger Beauftragter für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs (UBSKM) (2021a): Vorstellung der Zahlen kindlicher Gewaltopferswertung der Polizeiliachen Kriminalstatistik (PKS) 2020.



NATIONAL

Laut N.I.N.A. e.V. – Hilfetelefon Sexueller Missbrauch haben die Beratungsbedarfe im Jahr 2020 um 45% im Vergleich zu Vorjahr zugenommen. Mit 7.913 Anrufversuchen ist diese Zunahme eine enorme Steigerung im Vergleich zu den stetig wachsenden Anrufversuchen der Jahre zuvor [11].

"Im Juni 2020 hatten wir 80% mehr Anrufe als noch im Januar 2020. Und es ist uns gelungen 56% mehr Anrufe entgegenzunehmen. Aber dieser extrem hohe Anstieg der Anrufzahlen in so kurzer Zeit hat uns in der Arbeit unter Pandemiebedingungen schwer gefordert."

(Tanja v. Bodelschwingh, N.I.N.A. e.V. - Hilfetelfon Sexueller Missbrauch)

Auch bei ECPAT Deutschland gab es es 2020 einen Zuwachs an Verdachtsfällen. Im Vergleich zum Vorjahr wurden 28 mehr Fälle von sexualisierter Gewalt und sexueller Ausbeutung gemeldet. Dies entspricht einer Zunahme von 56% zu 2019. Die meisten der Verdachtsfälle wurden über die Meldeplattform www.nicht-wegsehen.net gemeldet, wie die interne Evaluation zeigt. Im Vergleich zum Vorjahr ist die Anzahl eingegangener Meldungen mit Onlinebezug (Missbrauchsabbildungen oder verdächtige Angebote) deutlich gestiegen und machten mit 32% den größten Teil der gemeldeten Verdachtsfälle aus.

Es zeigt sich natürlich noch ein bruchstückhaftes Bild in der Betrachtung der bisher vorliegenden Statistiken. Die Auswertungen von 2021 werden mehr Aussagekraft über die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie zeigen.

Schon jetzt ist deutlich zu erkennen: es gibt einen Zuwachs an gemeldeten Fällen von Kindeswohlgefährdungen sowie sexualisierter Gewalt mit einer steigenden Relevanz des digitalen Raumes und Hinweise, dass das Dunkelfeld gewachsen sein könnte.



AUF INSTITUTIONELLEN KINDERSCHUTZ

Die COVID-19-Pandemie hat durch die Priorisierung von Maßnahmen deutlich gezeigt, wo staatliche Schwerpunkte liegen. Der Schutz des Kindeswohls war es in Deutschland nicht. Auch hier zeigt die Pandemie auf, was notwendig wäre: Kinderrechte sollten ins Grundgesetz, die Verwirklichung kinderrechtlicher Ansprüche benötigt vorrangige Priorität.

Der UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes mahnt zur Einhaltung der UN-Kinderrechtskonvention und fordert die Staaten auf, Kinder und Jugendliche in zukünftige Entscheidungen zur Pandemiebekämpfung mit einzubeziehen. Er warnt vor den schweren physischen, emotionalen und seelischen Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf Kinder und ruft die Staaten auf, die Rechte der Kinder zu schützen [12].

Fachkräfte aus dem Kinder- und Jugendhilfebereich fordern von der Schließung von Einrichtungen abzusehen und sicherzustellen, dass die institutionellen Strukturen aufrechterhalten werden, auch in Zeiten von Pandemien. Angebote des Kinderschutzes sollten dabei als systemrelevant eingestuft werden, denn Kinderschutz ist auf die soziale Infrastruktur (Kitas, Schulen, ambulante und stationäre Hilfen) angewiesen. Durch die Reduzierung oder den kompletten Wegfall fehlte dieser zentrale Baustein während der Pandemie. Es wurde teilweise herausragendes, kreatives und außergewöhnliches Engagement von Fachkräften aus dem Kinder- und Jugendhilfebereich gezeigt.

Was zu erwarten war: Die enorme seelische Belastung von Kindern und Jugendlichen durch die Pandemie ist nun sichtbar geworden [13]. Und ECPAT sieht die deutliche Gefahr, dass sich auch hier Ungleichheiten weiter verstärken wie die erhöhten Risiken für besonders vulnerable Kinder und Jugendliche mit Behinderung oder geflüchtete Kinder.

Es muss sichergestellt werden, dass aktuelle Kinderschutzkonzepte in Bezug auf die COVID-19-Pandemie angepasst werden, um weiterhin den vollen Schutz der Kinder zu gewährleisten. Alleine digitaler Kontakt oder Kommunikation mit den Eltern kann nicht die Antwort sein. Dafür braucht es eine erweiterte Risikobewertung und mancherorts bedarf es auch eine Erweiterung des Verständnisses des Verantwortungsbereichs von Organisationen und Institutionen. "Aus den Augen aus dem Sinn" darf nicht dazu führen, dass Kinder alleine gelassen werden.

ECPAT ist überzeugt: Kinderschutzkonzepte sind ein ganz wesentlicher Baustein, gerade auch um Anzeichen von Gewalt zu erkennen. Diese Konzepte brauchen Strategien und Ideen um mit Kindern und Jugendlichen im Gespräch zu bleiben.

ECPAT befürchtet, dass die Entwicklung und flächendeckende Umsetzung von Schutzkonzepten durch die fehlende Präsenz von Mitarbeitenden (durch Homeoffice, Kurzarbeit) oder die Setzung von anderen Prioritäten, noch langsamer vorangeht. Mit Nachdruck schließt sich ECPAT den Forderungen des Deutschen Kinderhilfswerkes [14] an klare Aktionspläne seitens des Bundes und der Länder zu erstellen, was im Falle einer Kindeswohlgefährdung im Rahmen einer Pandemie / eines Lockdown geschieht. Weiterhin braucht es Investitionen in weitere digitale Präventions- und Hilfeangebote um die effektive Ausgestaltung von Schutzkonzepten zu ermöglichen.



AUF SEXUELLE AUSBEUTUNG MITTELS DIGITALER MEDIEN

Kinder und Jugendliche bewegen sich auf Grund der COVID-19-Pandemie immer öfter und länger im digitalen Raum. Auch der Besitz eines eigenen Geräts nahm im Jahr 2020 zu [15]. Diese Entwicklungen sind zwangsläufige Notwendigkeiten in einer digitalisierten Zeit. Das Bundeskriminalamt sieht dadurch aber auch ein gewachsenes Risiko für Kinder und Jugendliche durch die neuen Möglichkeiten von Täter*innen mit ihnen in Kontakt zu treten. Durch die frühe Gewöhnung von Kindern, gerade an Videotelefonie steigt die Anzahl an Minderjährigen, die von Täter*innen gegroomt werden können. Diese erhöhten Interaktionsrisiken auch in Kombination mit Bewegungsrestriktionen für Täter*innen, verschärft die weitere Verlagerung der sexuellen Ausbeutung in den digitalen Raum.

Neben dem enormen Anstieg von gemeldeten Missbrauchsabbildungen im Netz, die die polizeiliche Kriminalstatistik für Deutschland aufweist, bestätigt Europol europaweit einen Anstieg von Missbrauchsabbildungen von 30% im ersten Corona-Lockdown. 55% der abgebildeten Kinder sind unter 10 Jahre alt und 2% sind jünger als 2 Jahre [16]. Interpol verzeichnet eine Zunahme in der Nachfrage nach Livestreaming von sexualisierter Gewalt via Webcam seit dem Beginn der Pandemie [17]. Die Ausbeutung geschieht dabei in Echtzeit an einem Kind oftmals im Ausland. Häufig werden die Kinder durch Familienangehörige zu sexuellen Handlungen vor der Kamera gezwungen, wie die Studie von International Justice Mission (IJM) zum Phänomen zeigt. Letztlich kann jeder private Raum mit Internetverbindung zum Tatort werden. Die Philippinen haben sich schon seit vielen Jahren zu einem Hotspot für diese Art der Gewalt gegen Kinder entwickelt. So gibt es aber auch spezialisierte Polizeieinheiten, die aktiv ermitteln. Philippinische Strafverfolgungsbehörden ermittelten 381 Betroffene in 90 Fällen in den Jahren 2011 bis 2017 [18]. Dies ist allerdings nur die Spitze des Eisbergs. Jeder einzelne Fall zeigt deutlich wie herausfordernd die Ermittlungsarbeit, die Strafverfolgung und die Identifizierung und Begleitung der Betroffenen ist.

Der Zunahme der Nachfrage und des Angebots von sexueller Ausbeutung mittels digitaler Medien stehen die technischen und personellen Herausforderungen auf Strafverfolgungsseite durch Kontaktbeschränkungen und Homeoffice gegenüber.

ECPAT sieht zudem die IT Anbieter in der Verantwortung weiter aktiv zu werden, ihre bereitgestellte Infrastruktur nicht von Täter*innen missbrauchen zu lassen und Kinder aktiv zu schützen. Der IT Bereich ist durch den Digitalisierungsschub ein deutlicher "Gewinner" der Pandemie und müsste hier verpflichtet werden Maßnahmen zu ergreifen.

Sexualisierte Gewalt und Ausbeutung wird zunehmend digital ausgeübt. Es braucht mehr Aufklärung, Hilfeangebote, Strafverfolgung und Opferschutz, um nicht den Täter*innen den digitalen Raum zu überlassen. Hier haben die Anbieter der Plattformen eine starke Mitverantwortung, der sie derzeit noch nicht gerecht werden.



AUF KINDERSCHUTZ IM TOURISMUS UND AUF REISEN

Auch im zweiten Jahr der Corona-Pandemie ist die Tourismusindustrie von Einschränkungen besonders stark betroffen. Nach dem Höchststand von 97% weniger internationalen Ankünften im März 2020 im Vergleich zum Vorjahr, hat sich die Situation im April 2021 mit 86% weniger Ankünften kaum verändert [19]. Weltweit geben Destinationen Umsatzrückgänge von 50-90% für die ersten 5 Monate im Jahr 2021 an. Laut Umfrage der UNWTO sehen die meisten Destinationen eine Rückkehr zur Normalität erst im Jahre 2024 oder später [20].

Weniger Reisende bedeutet natürlich auch weniger reisende Sexualstraftäter*innen. Das darf aber keinesfalls ein Grund sein, das Thema Kinderschutz aus dem Blick zu verlieren. ECPAT weiß, dass die Täter*innen sich schnell an Entwicklungen anpassen und Wege finden werden auch unter Pandemiebedingungen Kinder auszubeuten und daraus Profit zu schlagen, z.B. durch Verlagerung der Anwerbung in den digitalen Raum oder der Ausbeutung in privaten Wohnungen statt Nachtclubs.

Es zeigt sich eine armutsbedingte stark erhöhte Vulnerabilität von Kindern gegenüber sexueller Ausbeutung. Und auf der anderen Seite touristische Unternehmen in einer ökonomischen Schieflage, die um ihre eigene Existenz zu sichern, sexuelle Ausbeutung in ihrem Umfeld tolerieren könnten [21].

Vor diesem Hintergrund wird deutlich, dass es umfassende gesetzliche Vorgaben braucht um den Schutz von Minderjährigen vor sexueller Ausbeutung zu gewährleisten. Die Einführung des neuen Lieferkettengesetzes ist der richtige Weg, aber gerade in der Reisewirtschaft noch kein effektiver Hebel, da kleine und mittelständische Unternehmen noch nicht erfasst sind und hierdurch nicht aufgefordert werden ihrer kinderrechtlichen Sorgfaltspflicht nachzukommen.

Daneben ist der Inlandtourismus im Jahr 2020 in Deutschland massiv angestiegen von 26% (2019) auf 45% (2020) [22]. Laut Reiseanalyse (FUR) wird sich dies voraussichtlich für 2021 halten oder noch erhöhen. Weiterhin nimmt der Marktanteil der Onlinebuchungen zu und der Fokus verschiebt sich auf Deutschland als Reiseziel. Hier fehlt vielerorts jedoch noch das Bewusstsein für den Schutz von Kindern vor sexueller Ausbeutung im Tourismus in Deutschland und den Grenzgebieten. Jedoch gewinnt das Thema Nachhaltigkeit im Tourismus weiterhin an Bedeutung, nicht nur die ökologische, sondern auch die soziale Nachhaltigkeit, zu der auch der Schutz von Kindern vor sexueller Ausbeutung gehört.

Einige touristische Unternehmen haben die Zeit der COVID-19-Pandemie genutzt, um das Thema Kinderschutz aufzugreifen und sich für den "Neustart" des Tourismus vorzubereiten. In dieser Entwicklung liegt auch eine Chance. ECPAT wird alles daran setzen, um das Thema Kinderschutz weiter in der Unternehmensverantwortung voran zu treiben und fest im nachhaltigen Umdenken zu verankern.

"Wenn wir den Wandel jetzt nicht aktiv gestalten, wird er uns morgen überrollen: "Change will come - by design or by disaster"."

(Antje Monshausen, Tourism Watch bei Brot für die Welt / Vorständin ECPAT Deutschland e.V.)



AUF MENSCHENHANDEL ZUM NACHTEIL MINDERJÄHRIGER

Laut dem bundesweiten Koordinierungskreis gegen Menschenhandel (KOK) führten die Maßnahmen der Pandemiebekämpfung im Bereich Menschenhandel zu einer erhöhten Vulnerabilität und Isolation der Betroffenen [23]. Gerade auch geflüchtete Menschen werden durch die COVID-19-Pandemie als sehr viel gefährdeter wahrgenommen. Und was hier für Erwachsene gilt, gilt auch für Kinder – möglicherweise nochmals verstärkt. Auch die Direktorin des Büros der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC) sieht eine deutliche Zunahme der Verletzlichkeit:

"Millionen von Frauen, Kindern und Männern weltweit sind in der anhaltenden COVID-19-Krise arbeitslos, gehen nicht zur Schule und haben keine soziale Unterstützung, wodurch sie einem höheren Risiko des Menschenhandels ausgesetzt sind."

(Ghada Waly, Direktorin UNODC [24])

Zusätzlich berichten Mitarbeitende der Fachberatungsstellen für Betroffene des Menschenhandels, dass die Unterstützung Betroffener in der Praxis in akuten Phasen der Pandemie wesentlich aufwendiger und zeitintensiver geworden ist. Persönliche Beratungskontakte wurden stark eingeschränkt, obwohl diese eine wichtige Rolle in der psychosozialen Arbeit spielen. Im Ausgleich wurde versucht, das Angebot von niedrigschwelligen Zugängen für Betroffene (z.B. verlängerte Telefonsprechzeiten) zu verbessern. Dies ist auch in der weiteren psychologischen Betreuung eine Herausforderung, da Termine mit Ärzt*innen oder Psychotherapeut*innen nicht möglich waren und verschoben werden mussten. Dabei sind besonders in akuten Fällen therapeutische Maßnahmen wichtig. Der Bedarf nach Beratung, Hilfe und Unterstützung hat sich laut Aussagen der Fachberatungsstellen für Betroffene des Menschenhandels erhöht. Allerdings konnten diese weniger Fälle aufnehmen.

Die Sachverständigengruppe GRETA sieht den positiven Trend der Aufklärungszahlen im Bereich Menschenhandel gefährdet, da Identifizierung und somit Zugang zu Hilfe nicht stattfindet. Besonders hervorgehoben werden die Risiken von Ausbeutung mittels digitaler Medien [25]. Während die Ermittlungsbehörden, laut dem Bundesweiten Koordinierungskreis gegen Menschenhandel e.V. (KOK), auf Grund von anderweitigen Zuständigkeiten (Einhaltung von Hygienemaßnahmen, Grenzkontrollen) in Zeiten der Pandemie weniger Betroffene identifizieren konnten [26]. Das Bundeslagebild Menschenhandel liegt für 2020 noch nicht vor. Ein Rückgang der ermittelten Fälle wird allerdings befürchtet. Auch hier zeigt sich ein wachsendes Dunkelfeld.

"ECPAT sieht deutlich erhöhte Vulnerabilität, die uns veranlassen muss, dem Mehr von Gefährdung ein Mehr an Schutz und Unterstützung entgegenzustellen, sonst lassen wir Kinder wissentlich alleine."

(Verena Keck, Referentin für Schutz von Kindern vor Handel und Ausbeutung, ECPAT Deutschland)

ECPAT wird weiterhin und verstärkt eine engere Vernetzung von Sozialdiensten, Jugendämtern und der Zivilgesellschaft mit der Strafverfolgung und der Justiz voranbringen um durch gute Zusammenarbeit besseren Schutz zu erwirken. Und auch in der Aus- und Weiterbildung wie auch im Bereich der Onlinerisiken werden wir unsere Anstrengungen intensivieren.



ZENTRALE PUNKTE

ECPAT sieht deutlich erhöhte Risiken für Kinder und Jugendliche von sexueller Ausbeutung betroffen zu sein. Daraus ergibt sich die unbedingte Notwendigkeit, die zu erkennenden Auswirkungen in die weiteren Strategien für besseren Schutz und Unterstützung von Kindern und Jugendlichen einzubeziehen.

Um die Auswirkungen abzufedern, braucht es nach Einschätzung von ECPAT:

- Eine massive Stärkung des Kinder- und Jugendhilfesystems, um Kinder ausreichend zu schützen. Gerade jetzt, wo weitere Risiken in den Blick kommen, darf nicht am Kinder- und Jugendschutz und guter Kooperation gespart werden.
- Das klare Bekenntnis: **Kinder- und Jugendhilfe ist systemrelevant**. Schließungen von Schulen, Kita, Angeboten und Einrichtungen dürfen nur das letzte Mittel bleiben.
- Es braucht direkte Hilfeangebote an Kinder und Jugendliche, die Schutz bieten auch wenn Kinder nicht in den Einrichtungen sind.
- Einen klaren Fokus sowohl von Präventionsangeboten als auch Strafverfolgung auf Gewalt und Ausbeutung mittels digitaler Medien. Datenschutz und Kinderschutz dürfen hier nicht gegeneinander ausgespielt werden und das Feld der technischen Innovationen nicht den Täter*innen alleine überlassen werden.
- Die zunehmende Verletzlichkeit von Kindern im Ausland erhöht auch die Verantwortung von Deutschland hier umsichtiger zu agieren und sowohl bei Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit als auch in Lieferketten und Reisebranche strukturiert das Kindeswohl in den Blick zu nehmen.



WEITERFÜHRENDE INFORMATIONEN

ZU KINDERRECHTEN IN DER COVID-19 PANDEMIE

Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik (AKJStat) (2021): <u>Werkstattbericht zur Zusatzerhebung der Gefährdungseinschätzungen gemäß § 8a Abs. 1 SGB VIII anlässlich der SARS-CoV-2-Pandemie.</u>

Bundesarbeitsgemeinschaft Landesjugendämter (2020): <u>5 Thesen zu den Auswirkungen der Coronakrise auf Kinder und junge Menschen</u>.

Council of Europe (2020): <u>Statement by the Lanzarote Committee Chair and Vice-Chairperson on stepping up protection of children against sexual exploitation and abuse in times of the COVID-19 pandemic.</u>

Deutsche Jugendinstitut e.V. (DJI) (2020): <u>Im Krisenmodus. Wie das Coronavirus den Alltag von Eltern und Kindern verändert - eine Zwischenbilanz</u>.

Gerbern, Christine; Jentsch, Birgit; (2021): <u>Kinderschutz in Zeiten von Corona (KiZCo). Die Auswirkungen der Infektionsschutzmaßnahmen auf die Ausgestaltung von Schutzkonzepten.</u>

International Justice Mission Deutschland (2020): <u>Menschenhandel: Neue Gefahren durch das Internet und digitale Technologien</u>.

Jugendschutz.net (2021): Bericht 2020 Jugendschutz im Internet. Risiken und Handlungsbedarf.

Keeping Children Safe (2020): COVID-19 Briefing - Keeping Children Safe.

Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD) (2020): <u>Combatting COVID-19's effect on children</u>.

SOS Kinderdorf (2021): Kinderschutz geht alle an - gerade jetzt!.

Tourism Watch (2021): Zurück auf Los oder doch alles besser?.

Unabhängiger Beauftragter für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs (UBSKM) (2021a): <u>Vorstellung der Zahlen kindlicher Gewaltopfer – Auswertung der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) 2020</u>.

United Nations (UN) (2020): Policy Brief: The Impact of COVID-19 on children.

UNICEF (2021): Child Labour: 2020 Global Estimates, trends and the road forward. Kinderarbeit: Globale Schätzungen, Trends und der Weg in die Zukunft (2021).

United Nations Office on Drugs and Crime (UNODC) (2021): <u>The effects of the COVID-19 pandemic on trafficking in persons and responses to the challenges.</u> A global study of emerging evidence.

WePROTECT Global Alliance (2020): <u>Intelligence Brief: Impact of COVID-19 on Online Child Sexual Exploitation</u>.

ECPAT DEUTSCHLAND

Fachstelle ECPAT Deutschland

Die Arbeitsgemeinschaft zum Schutz der Kinder vor sexueller Ausbeutung, ECPAT Deutschland, wurde 2001 in Freiburg gegründet und ist Teil des Netzwerks ECPAT International mit Sitz in Bangkok/Thailand, das in über 100 Ländern für den Schutz von Kindern vor sexueller Ausbeutung aktiv ist. In Deutschland gehören dem ECPAT Bündnis 29 Organisationen und Hilfswerke an. ECPAT setzt sich dafür ein, dass Minderjährige nicht Opfer von Menschenhandel werden, Kinder im Tourismus und auf Reisen vor sexualisierter Gewalt geschützt sind, Organisationen und Unternehmen Kinderschutzkonzepte entwickeln und umsetzen und sexualisierte Gewalt gegenüber Kindern mittels digitaler Medien wirksam bekämpft wird. **ECPAT** verfügt über aute Kooperationsstrukturen mit Behörden. Strafverfolgung. Zivilgesellschaft und mit der Privatwirtschaft und setzt auf die Zusammenarbeit aller Akteure zum Schutz der Kinder vor sexueller Ausbeutung.

Kontakt:

Andrea Wagner V.i.s.d.P. ECPAT Deutschland e.V. Alfred-Döblin-Platz 1 79100 Freiburg Deutschland

Tel: +49 761 887 926 3 - 0 Fax +49 761 887 926 3 - 9 E-Mail: info@ecpat.de

www.ecpat.de











